

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1933

28.3.1933 (No. 87)

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung Industrie- und Handelszeitung Begr. 1756 und der Wochenschrift „Die Pyramide“ Begr. 1756

Chefredakteur und verantwortlich für den politischen und wirtschaftspolitischen Teil: Dr. Gg. Fricker; für Baden, Völkisch und Sport: Fred Heez; für Feuilleton, „Pyramide“ und Kunst: Karl Böhm; für Anzeigen: G. Schreyer; sämtliche in Karlsruhe, Karl-Friedrich-Str. 6. — Zerkundung der Redaktion von 11-12 Uhr. — Berliner Redaktion: B. Pfeiffer, Berlin W. 30, Dohntenstr. 44. Tel. B. 4. Bavarla 6208. Für unverlangte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Druck & Verlag „Concordia“ Zeitungs-Verlagsgesellschaft m. b. H., Karlsruhe, Karl-Friedrich-Str. 6. Geschäftsstellen: Kaiserstr. 208 und Karl-Friedrich-Str. 6. Betriebs- u. 19. 20. 21. Volksdruckerei: Karlsruhe 0547.

In vollen Kränzen.

Die kommissarische badische Regierung hat gestern eine Kabinettsitzung abgehalten, in der Reichskommissar Wagner über die politische Lage und die übrigen kommissarischen Minister über die von ihnen getroffenen oder beabsichtigten Maßnahmen berichteten.

Amlich wird mitgeteilt: Der bisherige Reichshaushalt wird ab 1. April um ein weiteres Vierteljahr verlängert.

Der bisherige preussische Ministerpräsident Dr. Brünn und die übrigen Mitglieder der Braunen Regierung haben jetzt endlich ihre Ämter endgültig niedergelegt.

Associated Press, die amerikanische Nachrichtenagentur, veröffentlicht ein Interview, das ihr Berliner Chefkorrespondent Louis F. Kocher in Deutschland mit dem Außenminister Freiherrn von Neurath gehabt hat.

Nach einer Unterredung des Leiters der bayerischen Studentenschaft, Gängenbach, mit dem kommissarischen Justizminister Dr. Frank hat der Justizminister den Leiter der Studentenschaft ermächtigt, den studentischen Verbindungen und der Öffentlichkeit mitzuteilen, daß das Meinungsverbot in Bayern aufgehoben ist und die Gerichte angewiesen sind, Vergehen gegen das Meinungsverbot nicht mehr zu verfolgen.

Reichsminister a. D. Dr. Herms hat nach einer Aussprache mit Prälat Dr. Raas auf sein Reichstagsmandat verzichtet.

Die aus Deutschland geflüchtete verurteilte Kommunistin Maria Reiche ist am Montag abend endlich von der Stockholmer Kriminalpolizei festgenommen worden, nachdem sie zuerst in Dänemark und dann in Schweden wußt gegen die deutsche Regierung gehandelt hatte. Nachdem vorher ein Verbot gegen die Kommunistin erlassen worden war, wurde sie nunmehr in Polizeigewahrsam genommen, weil sie an mehreren Orten ohne Erlaubnis öffentlich aufgetreten war und Brandreden gehalten hatte. Der deutsche Gesandte war mehrere Male nachhaltig bei den schwedischen Behörden vorstellig geworden.

Die Verhandlungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei über die Regelung des Zollverkehrs beginnen am 30. März in Prag.

Ani generelle Anweisung des Reichsarbeitsministers hin wurde am Sonntag abend die Mannheimer Drickrankenliste von Mannheimer ES und Stahlhelm besetzt. Die Besetzung dauert noch an im Interesse der in kurzem zu erwerbenden Maßnahmen.

Präsident Hoover hat die Zusammenlegung aller unter der Hoover-Regierung geschaffenen landwirtschaftlichen Hilfsämter beschlossen. Die neue Dachorganisation erhält den Namen Farm-Acredit-Verwaltung. Durch diese Maßnahme werden jährlich zwei Millionen Verwaltungskosten eingespart.

Die japanische Regierung hat am Montag nachmittags dem Generalkonsul des Völkerbundes den Austritt aus dem Völkerbunde mitgeteilt. Nach den Bestimmungen des Völkerbundespaktes wird jedoch der Austritt Japans erst nach Ablauf von zwei Jahren endgültig. Die dahin bleibt Japan im Völkerbunde weiter im Vollbesitz seiner Rechte und Pflichten.

Der am Samstag beim Training zum Eilenrieder Rennen schwer gestürzte 23jährige Sauerländer Haupt ist seinen schweren Verletzungen erlegen. Damit hat das diesjährige Eilenrieder Rennen das zweite Todesopfer gefordert.

Näheres siehe im Innern des Blattes.

„Schienenzeppelin“ nach Berlin überführt.

Der umgebaute Schienenzeppelin des Ingenieurs Rindberg ist am Montag um 16.30 Uhr mit einigen Minuten Verspätung in Berlin eingetroffen. Er wurde sofort nach der Hauptwerkstätte Grünwald geleitet, wo er einer genaueren Prüfung unterzogen wird, um dann später von Berlin aus Probefahrten zu unternehmen. Die Überführungsfahrt von Hannover nach Berlin, die gleichzeitig eine Probe der Leistungsfähigkeit des Wagens nach seinem Umbau darstellte, ist zur vollen Zufriedenheit verlaufen. Der Wagen trat seine Fahrt vom Hauptbahnhof Hannover um 13.10 Uhr an. Er hat nach seinen Probefahrten im vorigen Jahre einen erheblichen Umbau erfahren, der wesentliche technische Änderungen mit sich brachte und namentlich den Propellerantrieb aus wirtschaftlichen Gründen in Wegfall kommen ließ.

Zurchtbare Gasexplosion.

Sieben Tote. — 15 Verletzte.
(-) London, 28. März.

Durch die Explosion einer Gasrohrleitung wurden in einer Straße in Gateshead (Durham) sieben Personen getötet und 15 verletzt. Der Unfall ereignete sich bei Erdarbeiten, denen eine große Menge von Zuschauern zufuhr, als plötzlich mit lautem Knall die Gasrohrleitung explodierte und eine Flamme hoch aufschlug. Die Zuschauer wurden nach allen Richtungen hin geschleudert. Zwei Wohnungen und eine Laube wurden vollständig zerstört. Ambulanzen und Rettungsmannschaften wurden sofort an die Unglücksstelle gesandt. Vier Leichen konnten sofort geborgen werden. Drei weitere Personen wurden in ferndem Zustand ins Krankenhaus gebracht.

Schwere Unterschlagungen in den Städtischen Krankenanstalten von Mannheim.

Mannheim, 28. März.
Das Städtische Nachrichtenamt teilt mit: Bei Durchsicht der Akten des beurlaubten Verwaltungsdirektors der Städtischen Krankenanstalten wurde ein Schreiben gefunden, das auf schwere Unterschlagungen verschiedener Angehöriger hinweist. Umfassende Maßnahmen zur endgültigen Feststellung der Tatsachen sind bereits eingeleitet.

Der Arbeitsplan des Reichskabinetts

Behandlung sozialpolitischer Fragen am Mittwoch Scharfe Abwehrmaßnahmen gegen die Greuelpropaganda.

(Eigener Dienst des „Karlsruher Tagblattes“.)

W. P. Berlin, 28. März.
Reichskanzler Adolf Hitler trifft am Dienstag vormittag wieder in Berlin ein. Das Kabinett tritt erst am Mittwoch um 12 Uhr mittags zusammen. Es wird sich in dieser Sitzung mit verschiedenen wichtigen Vorlagen beschäftigen. Außer dem Gesetz über die Gleichstellung der parlamentarischen Verhältnisse im Reich und in den Ländern wird das Kabinett die gewerkschaftlichen Fragen beraten. Zur Vorbereitung dieser Kabinettsberatungen hat am Montag bereits eine Sitzung des wirtschaftspolitischen Ausschusses der Reichsregierung stattgefunden, dem Reichswirtschaftsminister Dr. Brünn, Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk und Reichsarbeitsminister Selbie angehören. Der Ausschuss hat bestimmte Vorschläge ausgearbeitet, die dem Kabinett unterbreitet werden. Ueber die Einzelheiten dieser Vorschläge werden keine näheren Mitteilungen gemacht. Sie dürften sich aber zweifellos auf der Basis des Entwurfes bewegen, den der Reichsarbeitsminister ausgearbeitet hat. Dieser Entwurf sieht bekanntlich die Beseitigung der Monopolstellung der drei großen Gewerkschaften und die Gleichstellung der nationalen Arbeitnehmerverbände vor. Weiter wird sich das Kabinett mit der vom Reichskommissar für den Arbeitsdienst Mahlens angekündigten Einführung der Arbeitsdienstplicht beschäftigen.

Im Zusammenhang mit den sozialpolitischen Fragen dürfte sich, wie man in politischen Kreisen annimmt, das Kabinett auch mit einer organisatorischen Neuregelung des Reichsarbeitsministeriums beschäftigen. Ursprünglich bestand der Plan, die Fragen des Arbeits- und Tarifrechtes vom Reichsarbeitsministerium abzutrennen und dem Reichswirtschaftsministerium zu unterstellen. Nach diesem Plan wird man vermutlich eine Abspaltung des Geschäftsbereiches des Reichsarbeitsministeriums vornehmen. Die erste Abteilung, die weiter unter der Leitung des bisherigen Staatssekretärs Krohn stehen würde, wird die sozialpolitischen Fragen, die arbeitsrechtlichen Fragen und die Fragen der Sozialversicherung umfassen. Der zweiten Abteilung werden die gro-

Abrüstungskonferenz vertagt.

Macdonaldplan grundsätzlich angenommen. Botschafter Radolny über den deutschen Standpunkt.

(-) Genf, 28. März.

Die Abrüstungskonferenz ist am Montag abend bis zum 28. April vertagt worden. Der Hauptausschuss nahm mit 44 Stimmen ohne Gegenstimmen einen Antrag des Generalberichterstatters Benech an, in dem der englische Abrüstungsplan als die Grundlage der weiteren Verhandlungen unter dem Vorbehalt von Zusatz- und Abänderungsanträgen erklärt wird. Die Konferenz wird Ende April unzerlegt die artikelweise Lesung des englischen Abkommensentwurfes aufnehmen.

Botschafter Radolny gab zum Abschluß der Hauptausprache über den englischen Abrüstungsplan in einer bedeutenden Erklärung den grundsätzlichen deutschen Standpunkt bekannt. Er führte etwa folgendes aus:

Der britische Schritt bedeutet nach allgemeiner Ueberzeugung die Einleitung der entscheidenden Phase. Der englische Vorschlag enthält einen vollständigen Entwurf für ein abschließendes Abrüstungsabkommen, in dem auf der Grundlage der Verhandlungen von 14 Monaten konkrete Vorschläge unter Einbezug von Rüstungsvorgeschlägen werden. Die deutsche Regierung bringt dem englischen Ministerpräsidenten ihren Dank zum Ausdruck, daß die britische Regierung die Initiative für die endliche Lösung der bisher ungelösten Probleme ergriffen hat. Das Wort Macdonalds, Deutschland müsse Freiheit und Gerechtigkeit gegeben werden, wenn nicht Europa der Zerstörung anheimfallen solle, sei, wie intensiv die Probleme der Abrüstung und der Sicherheit gerade unter dem Gesichtspunkt der verhängnisvollen Wirkung der durch die Friedensverträge herbeigeführten Unterschiede durchdringt worden sind. Die ganze Welt ist sich wohl darüber klar, daß der Grund für die heutige allgemeine Unsicherheit vor allem in der durch die Ungerechtigkeiten der Friedensverträge geschaffenen Lücke zu suchen ist. Deutschland hat auf dem Gebiet der Abrüstung

bereits seinen Teil geleistet. Vor mehr als einem Jahrzehnt hat es eine Abrüstung vollzogen, die ausdrücklich als der erste Schritt für die allgemeine Abrüstung bestimmt war.

Nest handelt es sich darum, daß die anderen Staaten ihre versprochenen Gegenleistungen in Gestalt der Abrüstung auszuführen. Aber Deutschland hat noch mehr getan: Es hat nach besten Kräften an der Organisation des Friedens mitgearbeitet. So ist es nunmehr auch bereit, den englischen Vorschlag über einen Ausbau des Kellogg-Paktes anzunehmen. Die Voraussetzung für die Abrüstung der Anderen war und ist läßt durch die deutsche Abrüstung gegeben. Natürlich hat Deutschland die Forderung auf allgemeine Abrüstung nicht nur deshalb erhoben, weil in Gestalt der deutschen Abrüstung bereits eine Abrüstung vollzogen und weil um die allgemeine Abrüstung zu machen, sondern es fordert die Abrüstung, um des Friedens willen.

Radolny zitierte dann die Erklärung des Reichskanzlers bei der Reichstagsöffnung, in der der Friedenswille der nationalen Regierung betont und die Beseitigung der Trennung der Völker in zwei Kategorien gefordert wurde. In der Tat kann, so führt er fort, die durch die einseitige Entwaffnung der abgerüsteten Staaten und durch die Verzögerung der Abrüstung der Anderen geschaffene Unsicherheit nur dadurch beseitigt werden, daß die Konferenz nun endlich die Abrüstung verallgemeinert und einen gerechten Ausgleich der Rüstungen vornimmt. Es ist unzulässig, die Erfüllung der Vorbedingungen auf gleiche Sicherheit für alle Nationen von immer neuen verträglichsten Garantien abhängig zu machen.

Es muß endlich einmal mit der Auffassung Schluss gemacht werden, als ob andere Staaten ein größeres Recht auf nationale Sicherheit besäßen, als Deutschland, und als ob dieses sich nicht nur mit der durch die einseitige Abrüstung geschaffenen Unsicherheit abzufinden, sondern als abgerüsteter Staat inmitten einer schwerbewaffneten Umwelt noch immer weitere Sicherheitsgarantien zu geben hätte.

Wenn in einer durch einen Rüstungsausgleich eingeleiteten Ära des Vertrauens noch weitere Methoden gefunden werden können, um die Organisation des Friedens vollständig zu gestalten, so wird Deutschlands guter Wille dabei nicht fehlen. Die Aufgabe dieser Konferenz aber ist die Durchführung der allgemeinen Abrüstung und der Gleichberechtigung aller hier vertretenen Staaten.

Radolny betonte sodann, in dem englischen Entwurf seien positive Abrüstungsbeschränkungen vorgeschlagen worden, sie gingen aber noch nicht weit genug. Es müßten noch weitergehende Maßnahmen zu erreichen sein, insbesondere auf dem Gebiet der Aufrüstungen. Zur Frage der Gleichberechtigung wies Radolny auf die Vereinbarung der fünf Großmächte vom 11. Dezember hin, in der die deutsche Gleichberechtigung grundsätzlich anerkannt worden ist: Deutschland muß als gleichberechtigter Partner in das System der allgemeinen Abrüstung eingegliedert werden. Das Rüstungsverhältnis zwischen ihm und den anderen Staaten muß gemäß seinem Recht auf nationale Sicherheit unter Berücksichtigung seiner geographischen Lage und seiner besonderen Verhältnisse in gleichem Umfang wie bei allen anderen Staaten geregelt werden.

Nach dem englischen Entwurf soll die Gleichberechtigung erst nach fünf Jahren vollständig erreicht werden. Deutschland ist bereit, eine Uebergangsperiode anzunehmen. Die Rücksicht auf die Erfordernisse der Sicherheit Deutschlands und seiner nationalen Würde machen jedoch gewisse Änderungen in den Bestimmungen des Planes über diese Periode notwendig. Schon das erste Abrüstungsabkommen muß allen Unterscheidungen qualitativer Art ein Ende machen. Für alle Staaten müssen dieselben Waffenkategorien verboten und dieselben Rüstungsarten erlaubt sein. Die beste Art der Abrüstung wäre, die in den Friedensverträgen verbotenen Waffen allen Staaten zu verbieten und ihre alsbaldige Zerstörung durchzuführen. Wenn jedoch die Konferenz beschließt, die Grenze zwischen den verbotenen und erlaubten Waffen anders zu ziehen, so müssen sich die Folgen für die abgerüsteten Länder ohne weiteres aus dem Gleichberechtigungsprinzip ergeben. Des Weiteren muß bei der Regelung des quantitativen Rüstungsstandes der abgerüsteten Länder dem richtigen Verhältnis der Rüstungen des einen Landes zu den Rüstungen der umgebenden Länder Rechnung getragen werden. Deutschland fordert, daß auch in dieser Hinsicht das Niveau der Friedensverträge zum Ausgangspunkt dienen muß. Es wäre weder mit dem Grundgedanken der Gleichberechtigung, noch mit dem der gleich-

den Sicherheit für alle vereinbar, wenn der Grundlag der Relativität außer acht gelassen würde. Keinem Staat darf ein System aufgenötigt werden, das nicht den besonderen Verhältnissen des Landes entspricht. Nachdem der Grundlag der Gleichberechtigung und der gleichen Sicherheit als Grundlage der zu treffenden Regelung feststeht, handelt es sich lediglich darum, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Die trotz der Charakter eines Ueberganges zum Ausdruck gebracht werden kann, kann den Einzelverhandlungen vorbehalten werden. Deutschland erklärt hiermit,

daß es den englischen Entwurf als eine gute und zweckmäßige Grundlage für das abzuschließende Abkommen betrachtet und zu seiner Diskussion bereit ist.

Ob es angebracht ist, daß einige Staaten sich zunächst untereinander ins Benehmen setzen, um eine Einigung vorzubereiten, sollte lediglich vom Standpunkt des besten Mittels für eine möglichst baldige Einigung entschieden werden. Deutschland ist bereit, sich jedem Verfahren anzuschließen, das einen praktischen Weg zu einer Einigung bietet. Die Welt wartet mit Ungeduld auf ein Ergebnis unserer hiesigen Arbeit. Dank der englischen Initiative ist die Konferenz nunmehr endlich aus dem Stadium der Vorparlierungen in die Phase des praktischen Entschlusses eingetreten. Alle, die für das Schicksal der Konferenz verantwortlich sind, müssen endlich den Mut zur Lösung des Abrüstungsproblems aufbringen und so den Weg eines dauerhaften gerechten Friedens unter allen Völkern beschreiten.

Der Vertreter Frankreichs, Maffigli,

gab den Standpunkt der französischen Regierung zu dem englischen Abrüstungsplan bekannt, der eine vorläufige und zurückhaltende Aufnahme der englischen Vorschläge in Frankreich erkennen ließ. Im Mittelpunkt seiner Rede stand die eindeutige Erklärung, daß Frankreich irgendeine Art von Aufrüstung unter keinen Umständen zulassen werde. Die Gleichheit des Militärsystems der Länder könne niemals durch Aufrüstung, sondern nur durch eine progressive Beschränkung der Rüstungen erreicht werden. Die endgültige Festlegung der Rüstungsgrenzen könne nur nach der Schaffung der unerlässlichen Sicherheitsgarantien erfolgen. Die besonderen Bedürfnisse und die Lage der einzelnen Länder müssen weitgehend berücksichtigt werden. Die französische Regierung nehme den englischen Plan als eine Arbeitsmethode an, die jedoch durch Ergänzungen und Abänderungen weitgehend ausgebaut werden müsse. Die französische Regierung bedauere, daß der englische Plan alle bisherigen Beschlüsse und Verhandlungen der Konferenz in den Hintergrund treten lasse. Die deutsche Gleichberechtigungsforderung wurde von Maffigli mit keinem Wort erwähnt, ebenso wenig die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung in der Fünfmächte-Erklärung vom 11. Dezember.

Die Hauptsprache wurde von englischen Außenminister Simon

mit einer großen Rede abgeschlossen. Er forderte die Konferenz auf, den Mut zur Verantwortung auf sich zu nehmen und den entscheidenden Schritt für die allgemeine menschliche Herabsetzung der Rüstungen zu tun. Die englische Regierung stelle mit Befriedigung die zunehmende Aufnahme des Planes durch die Konferenz fest. 34 Mächte hätten in der Aussprache die neue englische Methode angenommen. Die englische Regierung fühle sich hierdurch ermutigt, den beschrittenen Weg zu Ende zu gehen. Es müsse nunmehr ein einheitliches Abrüstungsabkommen ausgearbeitet werden.

Die Festlegung der Rüstungsgrenzen der einzelnen Länder sei jetzt der unvermeidliche letzte Schritt. Sich zu Wort fassend wendend, erklärte Simon, die von den Mächten jetzt verlangten Opfer beschränken sich nicht nur auf materielle Abrüstungsmaßnahmen. Der Verzicht nicht materieller Art müsse in der Befestigung des guten Willens und der Wiederherstellung des Vertrauens und der guten Beziehungen zwischen den Mächten bestehen.

Simon appellierte sodann direkt an die deutsche Regierung, durch Annahme der in dem Abrüstungsabkommen vorgesehenen Uebergangsmethode den deutschen Beitrag durch Stärkung des allgemeinen Vertrauens zu leisten. Simon richtet zum Schluss an die Mächte die Aufforderung, bei der Einzelberatung nicht durch übertriebene Forderungen neue Gegenforderungen anderer Mächte auszulösen und damit das gesamte Werk der Abrüstung zu gefährden.

Einigung des Landvolks

Freiherr von Lünin zum Präsidenten der Vereinigung der Deutschen Christlichen Bauernvereine gewählt.

Die Vereinigung der Deutschen Christlichen Bauernvereine wählte in ihrer Sitzung am Montag einstimmig Freiherr von Lünin-Bonn a. Rh. zum alleinigen Präsidenten der Vereinigung. Freiherr von Lünin, der gleichzeitig Präsident des Rheinischen Bauernvereins und des Reichslandvolks ist, kämpft schon seit Jahren für eine Zusammenlegung der Bauernvereine und des Reichslandvolks. Diese Vereinigung wird in aller Kürze stattfinden. Die diesbezüglichen Verhandlungen sind bereits im Gange. Der frühere Präsident, Reichsminister a. D. Dr. Dermes, befindet sich bekanntlich wegen Verdachtes der Untreue in Untersuchungshaft.

Der Reichslandvolk stellt mit: Bereits in der Entschließung vom 22. März hat der Bundesvorstand des Reichslandvolkes die Notwendigkeit betont, das Landvolk sämtlicher deutscher Stämme und Gauen zu der alle Teile des Vaterlandes umfassenden freien Kampfesorganisation des deutschen Bauern im neuen Reich zu sammeln und hat damit dem im gesamten deutschen Bauerntum bestehenden Willen zur Einigung Ausdruck gegeben. In Verfolg der Entschließung des Bundesvorstandes vom 22. d. M. hat das Präsidium des Reichslandvolkes die Spitzenvereinigungen der übrigen landwirtschaftlichen, wirtschaftspolitischen Bauernorganisationen (Vereinigung der deutschen christlichen Bauernvereine, Deutsche Bauernschaft, Bayerischer Bauernbund, Nationalsozialistische Bauernschaft) zu einer Besprechung am 4. April im Berliner Bundeshaus des Reichslandvolkes eingeladen.

Dr. Wagner Kommissar der ärztlichen Spitzenverbände

(i) Berlin, 28. März.

Der „Angriff“ vom Montag meldet: Die Spitzenverbände der deutschen Ärzteschaft, der Verband der Ärzte Deutschlands (Hartmannsbund) und der Ärztevereinsbünd, haben sich dem ersten Vorsitzenden des Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebundes, Dr. med. Wagner, unterstellt. Dr. Wagner übernimmt als Kommissar die Führung beider Spitzenverbände mit absoluten Vollmachten.

Dr. Wagner und die Verbände der Spitzenverbände haben folgende erste Anordnung erlassen:

In Durchführung ihres Beschlusses, Geist und Form der ärztlichen Verbände der politischen Neuordnung anzuleihen, erlauben die Verbände des Ärztevereinsbundes und des Hartmannsbundes ihre Untergliederungen im Sinne der Forderung der deutschen Ärzteschaft, beschleunigt dafür Sorge zu tragen, daß aus Vorständen und Ausschüssen die jüdischen Mitglieder ausscheiden und Kollegen, die sich innerlich der Neuordnung nicht anschließen können, erkräft werden.

Ferner ist durch die Verbände der lasserärztlichen Vereinigungen, den Vorständen der Krankenanstalten und den Versicherungsbehörden (Versicherungsämter, Oberversicherungsamt) gegenüber darauf zu dringen, daß jüdische und marxistische Vertrauensärzte beschleunigt erkräft werden. gez. Dr. Stauder.

Ich ordne an, daß obigen Ersuchen unverzüglich Folge zu leisten und Vollzugsmeldung an mich (Anschrist: Nationalsozialistischer Ärztebund, München, Hotel Reichsadler) zu erhalten ist. gez. Dr. Wagner, Kommissar.

Konfirmation.

Sein! hast du, lieber Sohn, Getrunken hell'en Wein, Räder.

Bei der Konfirmation kommt der Ernst des Augenblicks, des Herausstretens der Knaben und Mädchen aus der Kinderszeit schon äußerlich, bei den Protestanten durch die schwarze, bei den Katholiken durch die weiße Kleidung zum Ausdruck. Bis in die 1890er Jahre erschienen die Knaben meiner Adelsheimat Peimat sogar im Schoprod und Zylinderhut. Bei der ärmeren Bevölkerung, die von einer Neuanschaffung dieser kostspieligen Kleidungsstücke Umgang nehmen mußte, wurde für den Konfirmanten ein abgänger Hochzeitsrod zur Loga vitilis zurechtgemacht und dem Armen noch des Vaters oder des Großvaters überhohe, mehr oder weniger verbeulte Angströhren über den Kopf gestülpt, die in den günstigenfalls etwas abtenden Ohren eine notdürftige Stütze fand. Diese Kopfbedeckungen, die sich durch mehrere Geschlechter vererbten und in der sich die Wandlungen der Mode während des letzten Jahrhunderts widerspiegeln, hatten meist schon historischen Museumswert erlangt. Nicht minder kamen bei der Gewandung die abenteuerlichsten Zusätze zum Vorschein. Glücklicherweise verdeckten die langen Rocklängen den bis fast in die Kniekehlen hinabreichenden Hosenstül, während die erst eine Hand breit unter den Schultern beginnenden Ärmel des viel zu weiten Rodes schloßlos den profanen Blick der Welt preisgegeben waren. So sah solch ein Konfirmantlein oft mehr einem wandelnden Kleiderkammer denn einem Ebenbild Gottes ähnlich. Im Interesse des Ernstes der Feier war die Befestigung dieser die Kinder verunstaltenden Bekleidung zu begründen. Die Mädchen galten mit der Rechten züchtig ein dreieckig zusammengelegtes Spitzentuchchen vor sich, das bisweilen von der besorgten Mutter mit einer Sicherheitsnadel am Kleid befestigt ist und deshalb bei freiem Gebrauch der Hände mecha-

nicht daran hängen bleibt. Die Konfirmanten versammeln sich am Morgen ihres Ehrentags vor dem Gottesdienst im Pfarrhaus und gehen von da beim Zusammenlaufen unter dem Geleit des Geistlichen zwei und zwei zur Kirche, wo sie der Gemeinde „vorgestellt“ und nach abgelegter Prüfung unter Glockengeläute und unter reichlichem Tränenerguß der Eltern und der Paten feierlich eingeweiht werden. Der Nachmittag ist bei schönem Wetter dem althergebrachten Gang nach dem Bismarckschloß gewidmet, wo im Haus eines Witkonfirmanten reichliche Bewirtung ihrer Jart.

Einige Zeit vor dem Fest schreibt der Konfirmant an seine „Doppel“ die Patenbriefe, worin er ihnen für die erwiesenen Wohlthaten dankt und sie zur Teilnahme an der Feier einlädt. Er erhält von ihnen beim Festmahl ein Patengeschenk, das meist in einem silbernen Köffel, dem zweiten Patenköffel, besteht. Außerdem ging einst der Konfirmant vor der ersten Reichte beim Erklären zu den Paten, um sie wegen etwa verurteilter Kränkungen um Verzeihung zu bitten.

An die Konfirmation schließt sich eine Woche später der erstmalige Genuß des hl. Abendmahls an.

Kunst und Wissenschaft.

Opfertod des Straßburger Mediziners Voedel. Im Alter von 51 Jahren starb als Opfer seiner Berufspflicht Prof. Dr. Voedel, Professor für Urologie in der medizinischen Fakultät der Straßburger Universität und Chef der Urologischen Abteilung des Städtischen Bürgerhospitals. Prof. Voedel hatte sich bei der Operation eines schwerkranken Kranken eine Blutvergiftung zugezogen. Vor Beginn der Operation hatte er noch wie in hängem Vorgesicht erklärt, die geringste Verletzung bei einer so gefährlichen Operation müsse den sicheren Tod bedeuten. Während der Operation verletzte er sich leicht am Daumen. Der tapfere Arzt, der sein un-

Neurath gegen den Hekfeldzug.

Interview des Berliner Chefkorrespondenten der Associated Press mit dem Reichsaußenminister.

(i) New York, 28. März.

Associated Press, die amerikanische Nachrichtenagentur, veröffentlicht nachstehendes Interview, das ihr Berliner Chefkorrespondent Louis F. Lochner in Deutschland mit dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath gehabt hat: Lochner: Wie stellt sich die Reichsregierung zu den durch die Auslandspresse verbreiteten Meldungen über die angeblich in Deutschland täglich vorkommenden Terrorakte gegen Juden?

Freiherr von Neurath: Um jeder einzelnen dieser böswilligen und tendenziösen Nachmeldungen auf den Grund zu gehen und sie zu dementieren, reicht selbst der bestorganisierte Verwaltungsapparat nicht aus. Ich kann mir diese zurzeit gegen die deutsche Regierung entsandte Propaganda nicht anders erklären, denn als eine bewusste und plötzliche Wiedergeburt der während des Weltkrieges betriebenen Hekfeldzüge. Wie die heftigsten Grenzlärmereien von abgedackten Kinderhänden ersonnen, so wird heute von angeblich ansässigen Augen und abekanntenen Ohren gesprochen. Man sollte eigentlich glauben, daß das ausländische Publikum, dem inzwischen die Unwahrscheinlichkeit der Grenzlärmereien des Weltkrieges aufgegangen ist, sich durch diese erneute Aufschwümmung ähnlicher Märchen nicht wieder so leicht täuschen lassen wird. Wie absurd diese Propaganda ist, haben Sie ja erst vorgerichtet persönlich erlebt. Sie konnten noch am Morgen von ungläublichen Mißhandlungen lesen, die angeblich den Herren Breitscheid und Weis zuteil geworden waren und hatten am Nachmittag Gelegenheit, die beiden Herren als Teilnehmer der Reichstagsitzung zu sehen. Mir scheint, daß sich allein mit diesem Hinweis ein Eingangs auf weitere Einzelheiten erübrigt.

Wenn am Beginn der nationalen Revolution gewisse Uebergriffe Einzelner vorgekommen sein mögen, so ist dieses sicher bedauerlich. Aber gleichgültig ist zu sagen, daß noch nie in der Geschichte eine revolutionäre Ummäzung, wie die jetzt in Deutschland vollzogene, stattgefunden hat, ohne daß gewisse Härten damit verbunden waren. Meines Erachtens geht es von der unabweisbaren dem deutschen Volk innewohnenden Disziplin, daß derartige Uebergriffe nicht nur in äußerlich wenigen Fällen und auch dann nur in verhältnismäßig milder Form vorkommen sind. Sie werden selbst bemerkt haben, daß die energischen Aufrufe des Herrn Reichsanwalts und Minister Brüning, welche vor einigen Tagen derartige elenachrichtige Handlungen Einzelner unter strengster Strafe stellten, einen durchschlagenden Erfolg hatten, und Fälle elenachrichtigen Vorgehens seitdem nicht mehr bekannt geworden sind.

Was nun die Juden anlangt, so kann ich nur sagen, daß ihre Propagandisten im Ausland ihren Glaubensgenossen in Deutschland keinen Dienst erweisen, wenn sie durch einseitige und falsche Nachrichten über Judenverfolgungen, Falschheiten etc. der deutschen Öffentlichkeit den Eindruck geben, daß sie tatsächlich vor keinem Mittel, selbst vor Blige und Verleumdung zurückzuführen, um die letzte deutsche Regierung zu bekämpfen. Hat nicht ein prominenter jüdischer Bankier einem Ihrer amerikanischen Kollegen erklärt: „Wir verstehen uns eine Einmischung des Auslandes. Wir deutschen Juden sind Manns genug, um uns selbst zu helfen.“ Tatsächlich muß doch jeder Besucher zugeben, daß man bei einem Spatiergange durch Berlin auf jeder Straße heute noch Juden begegnet — ärmtlichen sowohl wie elegant gekleideten — die friedlich ihrer Beschäftigung nachgehen; und kein Mensch trümmt ihnen ein Haar.

Im höchsten Grade bedauerlich ist es, daß nicht nur die Boulevardpresse, sondern selbst Blätter von höchstem Ansehen sich von dieser Propaganda einfangen lassen. Ein großes

amerikanisches Blatt schreibt vor einigen Tagen z. B. daß Auslandskorrespondenten ihre Berichte dem Zensur zu unterwerfen hätten. Ich frage Sie, Herr Lochner, ob dies bei einem einseitigen Ihrer Berichte geschehen ist und Sie werden mir zugeben müssen, daß das nicht der Fall war. In den wenigen Fällen, wo tatsächlich seitens der Telegraphenbehörde auf Grund eines internationalen Abkommens Berichte fremder Korrespondenten angehalten wurden, handelte es sich um Meldungen, die entweder falsch oder derartig entstellend waren, daß ihre Verbreitung als staatsgefährlich angesehen werden mußte. Daß man in Zeiten wie den heutigen daneben eingeschritten ist, wird kein unvoreingenommen Denkender als elenachrichtigen Einarriff in die Pressefreiheit ansehen können.

Dem auten Einvernehmen zwischen den Völkern dient es nicht, wenn die Presse sich zum Organ unverantwortlicher und tendenziöser Verleumdungen herabwürdigt.

Wenn ich mich daher in dieser sehr freimütigen Unterhaltung so sehr gegen diese Art von Propaganda der ausländischen Presse ausgesprochen habe, so habe ich das nicht allein deshalb getan, weil ich die Ehre meines Volkes zu wahren habe, sondern weil ich als verantwortlicher Staatsmann auch die Pflicht habe, die Welt davor zu warnen, den verhängnisvollen Hekfeldzug des Krieges wieder aufleben zu lassen.

Deutscher Appell an amerikanische Kirchenführer.

(i) Berlin, 27. März.

Die in Amerika gegen die angeblichen Judenverfolgungen in Deutschland geplanten Protestkundgebungen, an denen auch kirchliche Kreise beteiligt sein sollen, haben den Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchenauschusses, Dr. Kapler, veranlaßt, mit führenden Persönlichkeiten der amerikanischen Kirchen in Verbindung zu treten, um sie vor übereiften Schritten zu warnen. Dr. Kapler hat an D. C. Adams (New York), einen der hervorragendsten Führer der kirchlichen Lebens in Amerika, ein Telegramm gerichtet, in dem er die dringende Bitte ausspricht, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß nicht auf Grund falscher Berichte Kundgebungen gegen Deutschland erfolgen. Dr. Kapler weist darauf hin, daß die Reichsregierung Ordnung und Sicherheit gewährleistet.

Oberdampfbetrieb D. Burghardt hat als Präsident des Deutschen Weltbundes für die reichsweite Arbeit der Kirchen sich an die amerikanische Gruppe des Weltbundes sowie an führende Persönlichkeiten des amerikanischen Kirchenbundes gewandt und die dringende Warnung ausgesprochen, übertriebenen und erbitterten Berichten über angebliche Terrorakte in Deutschland Glauben zu schenken.

Washington beabsichtigt keine Einmischung.

(i) Washington, 28. März.

Staatssekretär Hull und die amtlichen Kreise des Staatsdepartements fühlen sich durch den Bericht der Berliner amerikanischen Volkspartei erleichtert. Staatssekretär Hull bekräftigt offenbar, unter dem unbeschreiblichen Druck des amerikanischen Judentums gegen seine eigene Absicht zu irgend welchen amtlichen Schritten gezwungen zu werden. Er betont besonders im Hinblick auf die bevorstehende Weltwirtschaftskonferenz, daß die amerikanische Regierung nicht beabsichtigt, das deutsche Volk durch eine Einmischung in seine eigenen Angelegenheiten zu irritieren.

Theater und Musik.

Generalmusikdirektor Professor Max von Schilling ist zum Intendanten der Städtischen Oper in Berlin ernannt worden. Der demnach 55jährige war mit Felix Mottl künstlerisch und menschlich befreundet. Seiner Zeit hat Mottl die Inangewandte von Schilling in Karlsruhe aufgeführt.

Künstler-Angebote. Klaus Manns Theaterstück „Anna und Esther“ geht auf seine Erinnerungen an die Denwaldschule zurück. Dr. Gehel, der Leiter der Schule, diente als Vorbild für eine besonders charakteristische Rolle.

Bei der Uraufführung in Frankfurt a. M. soll der Autor dem Darsteller dieser Rolle besonders eifrig beim Schminken und gab ihm jede Einzelheit seiner Maske an. Sie wurde fabelhaft ähnlich.

So ähnlich, daß es zu folgendem Zwischenfall kam. Der Schauspieler trat auf die Bühne und blickte ins Publikum. Stumm! Aber der Schauspieler starrte entsetzt gradeaus und schwieg.

Dann wandte er sich zur Kulisse und sagte halblaut: „Kinder, — da sitzt id im Parterre!“ Ganz vorn in der ersten Reihe saß nämlich Herr Dr. Gehel, der Leiter der Denwaldschule persönlich.

Furtwängler kommt als Gastdirigent zu einem fremden Orchester in eine süddeutsche Stadt. In der Verständigungsprobe ergeben sich Schwierigkeiten. Besonders ein Bläser, der absolut nicht begreifen will, erhält logischen Privatunterricht. Nach zehn Minuten mühsamer Arbeit steht sich der große Gau endlich am Ziel seiner Wünsche. „Daß mir morgen nun aber auch alles klapp“, jagt er abschließend. „Gemik“, sagt der wadere Musikant, „ich werde es dem Kollegen, der morgen spielt, sagen.“

Schicksale rasen

Meine Weltkriegs-Odysee in Rußland, Sibirien und Persien

Von FRANZ MASKE, Major a. D.

Copyright by Robert Lutz Nachfolger Otto Schramm, Stuttgart.

(19. Fortsetzung)

Beim russischen Oberkommando in Persien.

Persische Kosaken. — Der philosophische Rittmeister. — Spionageverdacht. — Ein trauriges Weihnachtsfest. — Ich freue mich auf Rußland. — Letzte Fahrten durch Persien.

Der Rittmeister hat die Waffen abgelegt, und sein Antlitz zeigt schon Spuren von Bezechtheit. Er sitzt mit gekrenzten Beinen auf dem Teppich in der Hütte, lässig schlingt sein Arm sich um Wolf. Der Alkohol löst seine Zunge, ungestüm erschlägt sein Wesen alle Schranken langjähriger Selbsterziehung. Zwar trägt er auf den Schultern russische Offiziersabzeichen, aber in einem Herzen ist alles Russische verhasst. Er ist fürst, ein Chan irgend eines Bergstammes, abtrünnig gemacht durch die Russen. Blutiges Schicksal hat ihn einst entwurzelt, und sein Herz und Hirn leben in stetem Zwiepsalt. Die Bergfürst und die Russenrecht! Jetzt im Kampf sprudeln bittere, harte Worte aus der Tiefe seiner Seele: „Macht Euch nichts daraus! Spuckt darauf! Spuckt auf das Leben und die Russen, diese Schweine! Seht mich an, vor vier Jahren haben sie mich mit Kanonen aus dem Kaukasus geholt, meinen Aul haben sie verbrannt und mich in Ketten gelegt. Sterben wollte ich vor Wut. Diese Hunde! Spuckt darauf, sage ich, was ist das Leben? Nischewo! Ein Dreck! Ruuter gehts und wieder rauf. Jetzt bin ich Rittmeister der Leibwache. Heute seid Ihr unten, doch wie lange? Eines Tages werdet Ihr in Eurer Heimat sein, Inischallah! Weiß der Teufel, wo sind wir gewesen, werdet Ihr Euch fragen. Auf Euer Wohl! Ein Dreck ist dieses Leben, sage ich, ein Dreck!“

Schließlich singt er wilde, alte Lieder seiner Heimat, und die Arme schwingen trampfhaft in den Tönen fremder Töne. Schluchzend fällt er in die Kissen, seine Lippen keine Lippen mehr, ein leeres Nischewo! „Dann verrät ein ruhiges Schnarchen, daß er schläft. Zitternd halten seine Hände in dem Kampf erdichtete Träume seines stolzen, heißen Blutes.“

„Jetzt ist's Zeit. Jetzt heißt es handeln. Leise schleichen wir durch die Türe, doch, verdammt! Der Schein des hellen Mondes läßt das Land weitlich erlangen. Ein Kosak steht schwarz und drohend in dem Leuchten. Noch ein zweites Mal versuchen wir ihn zu täuschen, um an die Herde heranzukommen. „Geht ins Haus, sonst muß ich schlagen!“ „Brave Kerle, können wir jetzt nicht gebrauchen. In nächster Nacht übernehmen acht die ganze Nacht darin.“

Morgens in dem Wagen liegen, halb verdeckt, die beiden unberührten Fische. Fühlbar ist der feine Taft, mit dem die Russen die Verführung übergeben. Den ganzen Tag hindurch ritteln wir in unserem Wagen traurig durch die öde Gegend. Abends sind wir in Kaswin, einer Stadt.

In Kaswin liegt das Oberkommando der russischen Armee in Persien. Wir werden in einen leeren Raum gesperrt. Noch am gleichen Tage kommt ein Offizier mit einem Dolmetscher, um uns zu vernehmen. Soldaten bringen einen Tisch und einen Stuhl. Der Offizier, ein richtiger russischer Beamter, würdigt uns keines Wortes. Er nimmt Platz, entzündet eine Zigarette und schreibt auf einen ungeschliffenen Bogen oben rechts das Datum russischen Stils. Neugierig, wie weit die Zeit vorgeschritten ist, rechnen wir den Tag nach unserem Kalender um. In Deutschland schreibt man heute: 24. 12. 1915.

Heißer Weihnachtsabend! Zu welcher Stimmung ist nicht Zeit. Wir müssen über uns und über unsere Flucht bis in das Einzelne berichten, doch wir verschweigen dabei sorgsam alle, die uns auf dem Wege halfen. Als Letzter wird Gulam vernommen. Durch seine angstdurchbeben Reden fliegen immer wieder die Worte „Amerikanischer Konsul“ und „Fabrik“. Hiermit glaubt er sich zu retten. Wir hatten von dem Konsulat nichts erwartet, um die Frau des deutschen Konsuls nicht zu belasten. Aber Gulam wälzt alles auf den Konsul ab.

Beim Verlassen unseres Raumes sagt der Dolmetscher: „Sie verlangen doch nicht, daß wir Ihre Märchen glauben? Sie halten uns für dumme Spione und Agenten hängt man so!“ Eine entsprechende Geste um den Hals und im Schwung nach oben verbildlicht seine gute Absicht. Soldaten verriegeln unsere Türe, und ein Wachtposten zieht auf. Jetzt sind wir alleine. Wolf und ich hocken uns in eine Ecke. Gulam lauert wie ein kranker Hase vor dem Fenster. Leichter Licht der Abendsonne wirft seinen Schatten in den Raum.

„Weihnachtsabend! Vielleicht schießt man uns morgen tot. Heute noch auf stolzen Kosaken, morgen durch die Brust geschossen.“ Wir haben keine noch so schwachen Beweise für uns, die Papiere sind verbrannt. Endlich finden wir den Ausweg, unsere Kameraden in Sibirien müssen Auskunft geben. Die Russen können uns ohne weiteres doch nicht an die Wand stellen? Doch, sie können, wenn sie wollen. Es ist Arroganz! Auf Spionage steht der Tod! Tags darauf lassen wir den Offizier zu uns bitten, und er kommt auch wirklich. „Nun, haben Sie es überlegt? Wollen Sie die Wahrheit sagen?“

„Wir sprechen nur die Wahrheit und verlangen, unsere Kameraden in Sibirien über uns zu vernehmen.“ „Dazu lassen Sie mich rufen? Besser wäre es für Sie, Sie würden offen sagen, was Sie bei der Frau des deutschen Konsuls in Tauris wollten und welche Meldung Sie für den Grafen Kanis hatten. Nun, wir werden sehen!“ Die Weihnachtsfeierzeit kriechen trostlos in das Meer. Am dritten Tage gegen Morgen holt man uns aus unserer Zelle. Schreden fährt uns in die Glieder. Geht es zum Tode? Draußen steht ein ungefüges Lastauto, und Soldaten machen sich daran zu schaffen. Ein alter

Russe flüstert mir ins Ohr: „Ihr kommt nach Rußland!“ Unendlich lieblich klingt das Wort. Es ist das erste Mal, daß ich mich auf Rußland freue. Kommt Zeit, kommt Rat. Freudig steigen wir auf den Wagen. Dieses Kaswin mit seinem Stabe und der stolten Handbewegung so nach oben fiel uns auch schon auf die Nerven.

Auf dem Karawanenwege torfelt unser großer Wagen in die Berge. Fern im Osten türmt sich hoch der gewaltige Demawend. Nördlich geht die Reise nach dem Hafen Enfelli.

In dem Wagen könnte man leicht mit Bretern Sitze schaffen, aber, Nischewo, wir sehen. Schroffer werden die Felsenberge. Weit hinaus schweift der Blick durch die leichte, klare Luft Persiens in die helle Ferne. Hin und wieder wird der Weg ähnlich einer Straße, die sich schmal an steilen Wänden hinzieht, und die Räder trennt manches Mal nur handbreit Raum von dem Sturz in die Tiefe.

Ueber Nacht wird gerastet. In den Dörfern sperrt man uns in eine Hütte, vor der dann ein Posten wacht. Wolf leidet furchbar unter seiner Käufelplage. In der warmen Hütte auf dem Teppich wird die Dual zur Höllepein. Leise trab-

beln Tausende und aber Tausende winziger Büchchen unaufhörlich und geschäftig über die gereiste Haut. Stöhnen, Krachen, schließlich springt Wolf hoch, reißt sich die Fehen vom Leib, wälzt sich nackt über den Boden. Fieber leuchtet in den Augen.

Gulam spricht seit Kaswin kein Wort mit uns. Er ist böse und in Mangeln. Tagelang fahren wir traurig durch die Gegend. Majestätische Gewalt wilder Berge und die tödlich klare Luft sind nur ein schwacher Trost. Wir rollen in die sumpfige Ebene, die den Uebergang von dem Gebirge zum Gestade des Kaspischen Meeres bildet. Undurchdringlich niedriger Dschungel breitet sich am Wege aus.

Vor uns auf dem Wege stehen Menschen, schreien, rufen, winken. Unser Starich befiehlt flüsternd den Soldaten: „Nehmt die Flinten, ein Standal kommt!“ Plötzlich knallt in dem Menschenhaufen vorne scharf ein Schuß. Jemand wirft die Arme auf, dreht sich um die eigene Achse, kriecht, aus dem Knäuel läuft ein russischer Soldat, torfelnd, seine Waffe schwingend, auf uns zu. „Schneller!“ ruft der Starich zum Chauffeur. Der gibt Gas, der schwere Wagen fliegt mitten durch die armen Kerle, die noch gerade vor dem Kühler aus dem Wege springen können. Wir sind durch. Aufatmend sagt der tapfere Starich kühl: „Nischewo, ein Perier weniger!“

Hinter unserem Wagen auf der Straße liegt der Perier in dem Staub. Seine Freunde, seine Brüder stehen mehr- und massenlos in der Runde. Klagen starren tote Augen in den Himmel. Allah hilf, dein Volk verdirbt! Merorten Blut und Frevol, Armut, Anechtschaft und Verzweiflung. Durch die Städte, durch die Dörfer, auf Kamelen und auf Feln trabt die Kunde: Christenhande treten Allahs heiliges Land.

Wilde Flüche flammen auf, Fäuste ballen sich zur Raube. Müde hinter öde Berge sinkt der rote Sonnenball. Unbernd fallen schwarze Schiefer kühler Nacht auf heiße Erde. Dual des Lebens gleitet leise über in die bunten Tiefen märchenhafter Orientträume, und ein ganzes Volk geht schlafen, schlafen in die dunklen Grüfte, wo die toten Völker ruhen.

Auf dem lamtenen Tuch des Himmels strahlen Sterne, felsam groß, und in ihrem Glanz und Schimmern lebt ein leises Sich-Erinnern an vergangene Helbenzeit.

Armes Persien, alter Löwe, hoffnungsloses Inischallah!

(Fortsetzung in der morgigen Ausgabe).

Der Fall Gereke.

Feststellungen der Landgemeinden.

■ Berlin, 28. März.

Der telegraphisch einderufene engere und der Gesamtverband des Verbandes der preussischen Landgemeinden trat am Sonntag zu einer Sitzung zusammen, um zu den Anschuldigungen gegen Landrat a. D. Dr. Gereke Stellung zu nehmen. Nach eingehender Aussprache und Prüfung wurde folgendes festgestellt:

Durch Maßnahmen, die erst jetzt im einzelnen aufgeklärt werden konnten, und sich nach Ansicht des Vorstandes als arglistige Täuschung und Betrug darstellen, hat Dr. Gereke bereits im Jahre 1925 erreicht, daß ihm das Eigentum an der Verbandsschrift „Die Landgemeinde“, Zeitschrift der Landgemeinden, übertrugen wurde. Aus der auf diese Weise unrechtmäßig in seinen alleinigen Besitz gekommenen Zeitschrift sind Dr. Gereke in den Jahren 1925 bis 1932 erhebliche Beträge ausgeflossen. Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die Zeitschrift im Privatbesitz des Dr. Gereke geblieben hat, war eine Kontrolle ihrer Wirtschaftlichkeit durch den Verband der preussischen Landgemeinden unmöglich gemacht.

Die gesamte Finanzverwaltung des Verbandes der preussischen Landgemeinden und insbesondere die Verbandskasse mit ihren sämtlichen, vorwiegend aus Mitgliederbeiträgen bestehenden Einnahmen und mit ihren Ausgaben sind regelmäßig durch zwei von dem Vorstand bestellte Kassaprüfer und außerdem durch einen vereidigten Bücherprüfer geprüft worden. Argwendliche Verfehlungen sind hierbei niemals festgestellt worden. Von den Verfehlungen des Dr. Gereke ist der Deutsche Verbandstag ebenso wenig betroffen wie die Finanzverwaltung und die Kasse des Verbandes der preussischen Landgemeinden.

Ueber von Dr. Gereke begangene Unregelmäßigkeiten, die bei der Abrechnung über rein politische, für Wahlzwecke bestimmte und mit dem Verbands in keiner Weise in Verbindung stehende Gelder vorgenommen sind, haben Reichsminister a. D. von Reubell und Ministerialrat a. D. Schellen pflichtgemäß der Reichsregierung Bericht erstattet. Zum Präsidenten des Verbandes wurde einstimmig Ministerialrat a. D. Schellen gewählt, ebenso einstimmig wurde Reichsminister a. D. von Reubell in den engeren Vorstand gewählt. Die Wahl wurde angenommen.

Am Samstag erließen zwei Beamte des Berliner Polizeipräsidiums auf dem Gut Dr. Gerekes in Priesel und nahmen im Zusammenhang mit der Verhaftung des früheren Reichsarbeitskommissars eine Hausdurchsichtigung vor. Die Beamten beschlagnahmten einige Aften und lebten dann wieder nach Berlin zurück.

Ausbruch aus dem Zuchthaus.

Bier Schwerverbrecher geflohen. — Noch drei in Freiheit.

■ Bamberg, 28. März.

Aus dem Zuchthaus Gerach bei Bamberg sind am Montag vier Schwerverbrecher ausgebrochen. Es handelt sich um Zuchthäuser, die nachbansstrafen von 3 Jahren bis zu lebenslänglichem Zuchthaus zu verbüßen hatten. Die Schwerverbrecher flüchteten unter Mitnahme von Zivilleidern und eines Revolvers. Durch die ausländischen Behörden wurden sofort die not-

wendigen Schutzmaßnahmen erlassen und die umliegenden Gendarmerieposten wie auch die Bamberger Landespolizei verständigt. Die vier Verbrecher hatten den Aufseher überfallen und niedergeschlagen, so daß er mit schweren Armbrüchen und Kopfverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

In einer konzentrisch ausgelegten Streife von Bamberg und Würzburg her, der Gendarmerie und Angehörigen der SA und SS, wird zurzeit ein Ring um das Gebiet gezogen, in das sich wahrscheinlich die Verbrecher geflüchtet haben. Man glaubt, daß sie sich in den dichten Wäldern zwischen Gerach und Schäßfeld befinden, wo sie in den frühen Morgenstunden des Montag das Jagdhaus des Bamberger Rechtsanwalts Dr. Denemann erbrachen und sich mit Lebensmitteln versahen.

Der eine der Ausbrecher, der 34jährige Heinrich Kul, wurde am Montag morgen bei Tagesanbruch bewußtlos in einem Schacht des Zuchthaus Gerach angefunden, wohin er beim Ueberklettern der Mauer abgestürzt war. Mithin sind also nur noch die drei Verbrecher Wilhelm Werner, Max Martin und Friedrich Sachse. Die Verbrecher hatten den Ausbruch schon seit langem vorbereitet.

Erlaß Görings an die preussischen Polizeibeamten.

(1) Berlin, 27. März.

Der preussische Minister des Innern (Kommissar des Reiches) hat folgenden Erlaß herausgegeben: An alle preussischen Polizeibeamten! Die Minister der sogenannten preussischen Hohelitzregierung haben 1,4 Millionen RM., die für Euch zur Verbesserung Eurer Unterbringung und Ausrüstung bestimmt waren, für rein parteipolitische Zwecke der Regierung Braun-Severing verwendet. Die Mehrzahl der Schuldigen hat sich der Verantwortung vor den preussischen Gerichten durch die Flucht entzogen. Ich werde nicht ruhen, bis diese gewissenlose Handlungsweise ihre verdiente Sühne gefunden hat. Für die Wiedergutmachung des Euch zugefügten Schadens werde ich, durch die Beschlagnahme aller Einkünfte und sonstigen greifbaren Vermögensgüter der ehemaligen Regierungsmitglieder Sorge tragen.“

Das Explosionsunglück in Wandsbeck.



Ausräumungsarbeiten bei dem durch eine Gasexplosion zerstörten Hans in der Campstraße in Wandsbeck. Zwei Personen wurden bei dem Unglück getötet und mehrere schwer verletzt.

Kochen Sie MAGGI'Suppen. Sie sparen Arbeit, Zeit und Geld

Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine. es lohnt sich!

Badische Rundschau.

Bevorstehende Auflösung des Landtags.

Der Gesetzentwurf über die Gleichschaltung von Reich und Ländern ist fertiggestellt. Die Auflösung des Landtags der süddeutschen Länder und Sachsisen steht nunmehr bevor. Auf Grund der am 3. März auf das betreffende Land bezug. auf die betreffende Partei entfallenden Wahlziffern wird der prozentuale Mandatsanteil resp. die Mandatsziffer jeder Partei errechnet. Es wird den Parteien dann selbst überlassen bleiben, welche Persönlichkeiten sie mit den neuen Ländermandaten betrauen wollen.

Politische Erlasse.

Kommissar für Landwirtschaft.

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Der Geschäftsführer des Badischen Landwirtsch. Landwirtsch. Fr. Schmitt-Weinhausen (Amt Weinheim) wurde zum Sonderkommissar für Landwirtschaftliche Fragen bestellt.

Badisches Sondergericht in Mannheim.

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Nach Verfügung des Justizministers wurde das Sondergericht für Baden beim Landgericht in Mannheim errichtet. Der Oberstaatsanwalt beim Landgericht Mannheim ist der Vertreter der Anklagebehörde vor dem Sondergericht.

Keine jüdischen Staatsanwälte mehr.

Wie die Pressestelle des Staatsministeriums mitteilt, hat der Justizminister die Oberstaatsanwälte angewiesen, keine jüdischen Staatsanwälte mehr in die Strafaktionen zu entsenden.

Die Landtagsabgeordneten müssen Dienst tun.

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Der kommissarische Justizminister hat Weisung erteilt, daß die Dienstausschüsse für Landtagsabgeordnete, welche Beamte sind, sofort zurückgezogen werden. Die Landtagsabgeordneten haben in Zukunft Dienst zu tun wie jeder andere Beamte.

Keine Aufhebung des Reichsmilchgesetzes beabsichtigt.

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit:

Entgegen den in der Öffentlichkeit vereinzelt aufgetauchten Meinungen und Gerüchten ist nichts davon bekannt geworden, daß die neue Reichsregierung beabsichtigt, das Reichsmilchgesetz aufzuheben oder grundlegend im Sinne einer Lockerung der Bestimmungen über Milchwirtschaftliche Zusammenhänge (§ 98) zu ändern. Im Gegenteil ergibt sich aus der bisherigen Haltung der Reichsregierung, namentlich im Hinblick auf die Verordnung des Reichspräsidenten zur Wenderung des Milchgesetzes vom 2. März 1933, die eine Erweiterung der Zwangsbestimmungen zum Zwecke der Erhaltung eines tragbaren Erzeugerpreises vorsieht, daß an dem mit dem Milchgesetz verfolgten Zweck und Ziel festgehalten wird.

Bei dieser Sachlage bleiben auch die für Baden bisher getroffenen Maßnahmen, namentlich die Milchwirtschaftlichen Zusammenhänge, aufrecht erhalten. Im Zusammenhang mit der politischen Umwälzung versucht oder vorgenommene Äußerungen gegen Organe oder Einrichtungen der Zusammenhänge müssen bedauert werden, weil sie in erster Linie die Landwirte selbst schädigen.

Die Kürzungen bei der Rothaus-Brauerei.

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit:

Die Kürzungen der Lantien und Gratifikationen der Angestellten bei der Badischen Staatsbrauerei Rothaus A.-G. hat in manchen Kreisen irrtümlicherweise die Meinung erweckt, als habe der Direktor der Staatsbrauerei bisher ein übertrieben hohes Gehalt bezogen. Diese Meinung ist falsch. Die Herabsetzung der Lantien ist lediglich in der Lage der Brauindustrie und den allgemeinen Zeitverhältnissen begründet. Das Gehalt des Direktors der Staatsbrauerei erreicht nicht 1000 Mark im Monat.

Handelskammerpräsident Lenel zurückgetreten.

Manheim, 27. März. Den geänderten Verhältnissen Rechnung tragend, hat Präsident Dr. Lenel die Handelskammer in Kenntnis gesetzt, daß er sein Amt als Vorsitzender und Mitglied der Handelskammer Mannheim, sowie die mit dem Vorsitz in Verbindung stehenden Ehrenstellen niedergelegt hat. Gleichzeitig haben die Herren M. Rothschild und Dr. V. Weiß als Mitglieder des Vorstandes ihre Eide und Nemier niedergelegt. Außerdem haben eine Anzahl Kammermitglieder ihren Rücktritt erklärt. Prof. Dr. Blaustein ist auf sein Ansuchen Urlaub erteilt worden.

Berufung in der Geschloßvergiftungsaffäre.

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Der kommissarische Justizminister hat Weisung erteilt, daß gegen den Juden Isaac Maller in Freiburg, der vom Schnellrichter zu sechs Monaten und zwei Wochen Gefängnis wegen unerlaubten Waffenbesitzes und Geschloßvergiftung verurteilt worden ist, von der Staatsanwaltschaft Berufung eingeleitet wird mit dem Ziel der Herabsetzung einer höheren Strafe.

Durlach, 25. März. (Schweinemarkt.) Befahren mit 64 Käuferinnen und 96 Ferkelschweinen. Verkauft wurden 24 bezw. 70. Preis per

Paar Läufer 30-42 RM., per Paar Ferkel 28 bis 35 RM.

Heidelberg, 26. März. (Ehrenvolle Bezeichnung.) Generaldirektor Otto Stier-Heidelberg, der im August 1932 als Reorganisator der indischen Metall-Industrie nach Indien berufen wurde, ist nun in Anerkennung seiner erfolgreichen Tätigkeit zum Geheimen Staatsrat ernannt worden. Geheimrat Stier, ein geborener Mannheimer, wohnt seit 1914 in Heidelberg.

Baden-Baden, 27. März. (Valneologen-tagung.) In Baden-Baden wird vom 5. bis 8. April der 48. Valneologenkongress tagen. Als Hauptthemen dieser Tagung werden die Bedeutung der klimatischen Kuren für die Gesundheit, sowie die Diagnostik im Kurort wissenschaftlich behandelt werden.

Steinbach (bei Bühl), 27. März. (Zähllich verunglücktes Kind.) Das vier Jahre alte Kind des Schmiedemeisters Huch lief in ein auswärtiges Auto und wurde so schwer verletzt, daß es starb.

Donauerschingen, 27. März. (Erhängt) aufgefunden wurde dieser Tage auf dem Ohlenberg (Gemarkung Wolterdingen) eine männliche Person. Die Feststellungen ergaben, daß es sich um den 37 Jahre alten Kraftfahrer E. Stark von Wolterdingen handelt, der sich vor ungefähr vier

Wochen von zu Hause entfernt hatte, um auf die Wanderschaft zu gehen. Was den Mann in den Tod getrieben hat, ist bis jetzt noch ungeklärt.

Mühlheim, 27. März. (Goldenes Doktorjubiläum.) Wie bereits gemeldet, konnte Medizinrat Dr. Barth dieser Tage sein goldenes Doktorjubiläum begehen. Aus diesem Anlaß sind dem Jubilar zahlreiche Glückwünsche von Behörden und Verbänden zugegangen, so vom badischen Staatskommissar Wagner, der Universität Freiburg, der Reichsbahndirektion Karlsruhe und von zahlreichen Vereinen. Auch die Großherzogin Hilde hat dem Jubilar ein herzlich Glückwünschreiben überreicht.

Kommunistische Brandstiftung.

Bretten, 27. März. In der Nacht zum Montag brannten in Oberderdingen im Oberamt Maulbronn zwei Anwesen völlig nieder. Als der Tat dringend verdächtig wurden drei Personen, von denen eine aus Bretten und zwei aus Sulzfeld stammten, festgenommen, die „Rot Front“ Ruhe ausgehoben hatten. Ein geächteter wurde Wohnhaus und Scheune des 73-jährigen Landwirts Jakob Steinmetz während hier die Feuerwehr mit 250 Arbeitern beschäftigt war, fand plötzlich ein kleines Wohnhaus einer Witwe in Flammen und brannte nieder.

Konzert der B. Badener „Aurelia“

Uraufführungen von Werken Heinrich Cassimirs / Ellen Winter als Gast

H. Baden-Baden, 26. März. Im Gartenjaale des Kurhauses gab gestern Abend die „Aurelia“ ihr zweites Konzert und wie immer hatte sich eine sehr zahlreiche Zuhörerschaft eingefunden. Zur Mitwirkung waren herangezogen Fräulein Ellen Winter vom Karlsruher Landestheater (an Stelle der plötzlich erkrankten Frau Dr. Gröppler-Weingaart aus Mannheim und Fr. Hedwig Eugene Knodel (Klavier) aus Forstheim, denen sich verschiedene Mitglieder des städtischen Orchesters als Solisten angeschlossen.

„Salve Regina“ mit gleicher harmonischer Geschlossenheit wie seinen Chor „Nube schönste Glück der Erde“ und sehr stimmungsvoll bearbeiteten Sächsischen Volkslieder „Es fiel ein Reif“ und „Abschied“ zu Gehör. Ellen Winter sang drei Schubert'sche Lieder („Nacht und Träume“, „Frühlingsglaube“ und „Almacht“) mit klarer, reiner Stimme, deren Wirkung durch edle Vortragsgestaltung gehoben wurde. Hedwig Knodel war der Sängerin eine feinsinnige Begleiterin am Klavier. Das Schubert'sche Quartett für Klavier, Violine, Bratsche und Cello (ausgeführt von Hedwig Knodel, Karl Ahnus, Gerhard Pogg und Fritz Köhler) bildete den Schluß des ersten Teils.

Der zweite Teil brachte ausschließlich Werke von dem um den deutschen Männergesang hochverdienten Karlsruher Komponisten Heinrich Cassimir. Sie wurden fast sämtlich in der Uraufführung herausgebracht und ihre Aufnahme im Programm war eine Ehre eines Komponisten anlässlich seines 60. Geburtstages. Der Chor „Ganz voll Sonne ist die Erde“ (der „Aurelia“ und ihrem Dirigenten Fritz Köhler gewidmet) wirkte ebenfalls tiefgehend wie das Andante und Allegro für Violine, Cello und Klavier, und ein stimmungsvolles Werk bildet das „Fränkische Liebespiel“, ein Inklus von zehn Gesängen für Sopran, Klavier, Violine und Cello, welcher von Ellen Winter, Hedwig Knodel, Karl Ahnus und Fritz Köhler in harmonischem Zusammenwirken zur Ausführung gebracht wurde. Die „Glockensymphonie“ bildete dann den Schluß des Programms.

Die neuen Werke Cassimirs gaben erneut Zeugnis von seinem feinsinnigen kompositorischen Wirken und Schaffen, und sie wurden mit großem Beifall aufgenommen. Der Komponist wohnte dem Konzert bei und wurde am Schluß verehrlichst gerufen und durch Ueberreichung eines Lorbeerkränzes geehrt. Die Sänger der „Aurelia“ lösten ihre Aufgaben mit ebenso vorzüglichem Gelingen, wie die Solisten und sie alle trugen dazu bei, daß sich der Konzertabend zugleich zu einem Ehrenabend für die „Aurelia“ gestaltete. Reiche Anerkennung wurde auch dem Dirigenten der „Aurelia“, Fritz Köhler gezollt, der sich als musikalischer Leiter ebenso bewährte wie als Cello-Solist und dem der gute Verlauf des Konzertes mit in erster Linie zu danken ist.

B. Badener Kurorchester in Gernsbach.

M. Gernsbach, 26. März. Des Sonntags Besuchs bildete das Gastkonzert des Baden-Badener Kurorchesters unter Leitung von Generalmusikdirektor Ernst Mehllich. Es war ein Festkonzert nach zwei Seiten: Zum Vortragsstande Baauer und Brahms und die Darbietung war jeder Kritik erhaben. Das zahlreich geflossene Publikum war ob des künstlerischen Genusses reiflos begeistert. In Mainz hörte man das Vorspiel zu den Meistersängern. Bei dem Clara-Fest blieb auch innerlich kein Wunsch offen. Eine fröhliche Höhe erreichte die Orchester in der Tambauer-Quartette. In der Brahms'schen Symphonie E-Moll war das Spiel ganz in Glas und Schönheit aus-taucht. Die Hörer folgten den hochmusikalischen Darbietungen ohne Ermüdung mit regem Interesse. Dirigent und Orchester wurden überaus warme Beifallsstürme abgeben.

Kabinettsitzung der kommissarischen Regierung.

Der Kampf gegen den Marxismus. — Die Kommissare berichten über ihre Ressorts.

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit:

Am Montag vormittag 10.30 Uhr trat die kommissarische Regierung im Staatsministerium zu ihrer zweiten Kabinettsitzung zusammen und nahm zunächst den Bericht des Reichskommissars Wagner über die politische Lage entgegen. Seit langen Jahren sei zum ersten Male wieder der innere Frieden in Deutschland eingetret und der kraftvollen Führung, welche die Geschichte Deutschlands in die Hand genommen hat. Es dürfe trotzdem nicht verkümmert werden, alle Maßnahmen zu treffen, welche erforderlich sind, um die Sicherheit von Volk und Staat zu gewährleisten. Von der Einrichtung eines Konzentrationslagers für die marxistischen Führer könne nach Lage der Dinge in Baden abgesehen werden; die Schutzmaßnahme bleibe, soweit sie nicht in den nächsten Tagen zur Entlassung kommen, in Einzelhaft. Es ist angeordnet, zu überprüfen, in welchen Fällen eine Freilassung in Frage kommt; es handelt sich hierbei um verurteilte Mitglieder des Marxismus, die eine Gefahr für die Öffentlichkeit nicht darstellen.

nen Maßnahmen. Eingehend erörterte der Kultusminister den geplanten Klinikneubau in Heidelberg. Mit aller Kraft werde sich die Regierung bemühen, zu einer baldigen Realisierung und alle Teile betriebsbereiten Büna zu kommen. Einen breiten Raum nahm ferner die Reorganisation des gesamten Schulwesens ein. Für die Schulen abgelegener Gemeinden werden Rundfunkgeräte beschafft.

Die Maßnahmen gegen die marxistischen Organisationen, wie sie im Zusammenhang mit dem Freiburger Mord getroffen wurden, bleiben in vollem Umfang in Kraft. In unerlässlicher Folgerichtigkeit müsse die gesamte Verwaltung des Staates zu einem absolut zuverlässigen Instrument im Sinne des Nationalstaates gestaltet werden, eine Arbeit, die sich über einen längeren Zeitraum erstrecken wird. Alle Neueinstellungen von Beamten seien von heute an schon unter diesem Gesichtspunkt zu treffen. Allerdings dürfe das Parteibuch nicht, wie bisher, zum Faktor der Auslese werden, sondern es sei allein auf die Befähigung und sachliche Eignung der Bewerber gesehen, wobei die nationale Gesinnung natürlich zur selbstverständlichen Voraussetzung wird. In seiner öffentlichen Körperlichkeit können marxistische Beamte gebildet werden. Dabei müsse allerdings in vielen Fällen ein gewisser Zeitraum abgemartet werden, denn die geistige Umstellung ist noch nicht beendet und die Selbstauflösung des Marxismus nimmt einen raschen Verlauf, und es ist jedem die Hand zu bieten, der ehrlichen Serezens seinen Irrtum erkennt und sich in die nationale Front einreicht. Zum Schluß teilte der Reichskommissar mit, daß die Umbildung des Landtags und damit die Sanftionierung der kommissarischen Regierung unmittelbar bevorstehe.

Justizminister Rupp referierte über den Bestand innerhalb seines Ministeriums und die bereits getroffenen Maßnahmen. Gerade in der Justiz müsse ein neuer Geist einziehen, und es werde von seinen des Justizministeriums alles abhängen, um diesem Geiste Geltung zu verschaffen.

Kommissar Schmittbenner unterrichtete einzelne der vorangehenden Ausführungen und brachte eine größere Anzahl von Anregungen und Einzelfragen vor. Kommissar Pflaumer referierte über interne und Personalangelegenheiten des Innenministeriums. Ferner berichtete er über seine Teilnahme an einer Sitzung des Reichsstaatsfahrtkommissars in Berlin. Schließlich ergab er auf die Entwicklung innerhalb der Polizeibehörde während der letzten Wochen an. Kommissar Hildebrand kam auf die Frage des Arbeitsdienstes zu sprechen und gab die vorgesehenen Maßnahmen bekannt. Des weiteren erörterte er das Problem des Luftschutzes für Baden und würdigte die bisher geleistete Arbeit der Polizei.

Reichskommissar Wagner gab zum Schluß verschiedene Eingänge bekannt, darunter eine Dankagung der Witwe des ermordeten Polizeihauptwachmeisters Schelsborn. Ferner gab der Reichskommissar die Einsetzung von Sonderkommissaren für das Gewerkschaftswesen und für die Landwirtschaft bekannt. Anregungen des Reichskommissars zu gründlichen Sparmaßnahmen innerhalb der einzelnen Ressorts wurden vom Kabinett beifällig entgegengenommen. Die Kabinettsitzung wurde um 1/2 Uhr geschlossen.

Das Schicksal der politischen Häftlinge.

Die Durchführung der Schutzhaft. — Freilassung unter Bedingungen.

Wie die Pressestelle beim Staatsministerium mitteilt, hat der Reichskommissar für Baden an die Bezirksamter, Polizeipräsidenten und die Polizeidirektion Baden-Baden folgenden Erlaß herausgegeben:

unterziehen. Die Nachprüfung hat unter dem Gesichtspunkt zu erfolgen, daß alle diejenigen Persönlichkeiten weiterhin in Schutzhaft zu lassen sind, bei denen mit Rücksicht auf die von ihnen bekleidete Stellung (Führerpersönlichkeiten) die Gefahr weiterer staatsfeindlicher Tätigkeit oder eine persönliche Gefährdung zu erwarten steht. Dagegen können diejenigen Personen in Schutzhaft befindlichen Persönlichkeiten freigelassen werden, die nur irreführende Mitläufer sind und deren weitere Inhaftnahme unter Berücksichtigung der vorgenannten Gesichtspunkte nicht mehr begründet erscheint.

Die zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung bisher getroffenen Maßnahmen haben fortschreitend eine Verhütung der Deseffektivität zur Folge gehabt. Es kann damit gerechnet werden, daß nach nunmehr erfolgter Annahme des Ermächtigungsgesetzes im Reichstag die von der Reichsregierung für das gesamte Reichsgebiet zu treffenden Maßnahmen zu einer raschen Neuordnung der Verhältnisse beitragen werden.

Die Freilassung ist jedoch nur vorzunehmen nach Abgabe einer schriftlichen Erklärung, daß der Freizulassende sich in der marxistischen Bewegung nicht mehr betätigen und sich dem neuen Staat gegenüber loyal verhalten wird.

Der Kampf gegen den Marxismus wie überhaupt gegen jede staatsfeindliche Betätigung muß mit ungeminderter Kraft fortgeführt werden. Zahlreiche Anhänger des Marxismus und Begner der Bewegung der nationalen Erhebung haben bereits erkannt, daß sie von ihren Führern betrogen und verraten worden sind.

Sämtlich der Inhaftnahme der Reichs- und Landtagsabgeordneten der KPD und SPD sowie der Kommunisten, die auf Reichstagswahlvorschläge stehen, bleibt es bei den bisher erlassenen Anordnungen. Soweit sich unter diesen Gruppen von Schutzhaftbefreiten Frauen befinden, kann ihre Freilassung verweigert werden, sobald die oben angeführte schriftliche Erklärung abgegeben wird. Wo in Einzelfällen die Inhaftnahme auf meine besondere Anordnung hin verweigert worden ist, ist unter Antragsstellung hierüber zu berichten. Alle unmittelbar bisher vorgelegten Eingaben und Beschlüsse haben damit ihren Erledigung gefunden.

Mitläufer und Verführten soll Gelegenheit gegeben werden, ihre bisherige Haltung zu überprüfen und zu beweisen, ob sie gewillt sind, dem neuen Staat gegenüber eine loyale Haltung einzunehmen.

Nicht Kleinliche Rücksicht wird unsere Anordnungen bestimmen.

Die nachgeordneten Dienststellen werden daher angewiesen, sämtliche Fälle der Verhängung von Schutzhaft einer gewissenhaften Nachprüfung zu

Aus der Landeshauptstadt

Do X kommt nicht nach Karlsruhe.

Wie wir erfahren, muß der für Mai d. J. vorgesehene Besuch des Flugfliegers Do X höchstwahrscheinlich abermals verschoben werden, da der Do X zu dieser Zeit eine große Standfliegenfahrt antreten wird und vor dieser nicht noch einmal Landungsflüge riskieren möchte. Das Flugfliegen wird im neuen Jahr von der Luftfahrt übernommen werden und wird unter Führung des Chefpiloten Mez eine große Anzahl von Ueberlandflügen ausführen. Eventuell soll aber der Besuch in Karlsruhe im Herbst d. J. nachgeholt werden. Der zum Reichskommissar ernannte bisherige Kapitän des Do X Christianien wird auf einer Inspektionsreise, wahrscheinlich schon in nächster Zeit, auch den Karlsruher Flugplatz besichtigen.

Bilddokumente von den Vorgängen der letzten Wochen.

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt um die Bekanntgabe folgender Anforderung: Von privater Seite wurden in den letzten Wochen zahlreiche photographische Aufnahmen von den Vorgängen bei der nationalen Revolution in Baden gemacht. Angesichts der historischen Bedeutung dieser Vorgänge richtet die Pressestelle beim Staatsministerium in Karlsruhe an alle, denen derartige Bilder gelangen, die Bitte, ihr einen Abzug einzuliefern, um dadurch in die Lage versetzt zu werden, eine umfassende Sammlung von Bilddokumenten aus diesen historischen Tagen zusammenzustellen. Auf den Bildern ist Tag, Ort und Anlaß eingehend anzugeben.

Reichskommissar Wagner im Rundfunk.

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Am kommenden Donnerstag, 30. März, abends 20.30-21.15 Uhr, spricht Reichskommissar Robert Wagner im Rundfunk über „Die nationale Revolution in Baden.“
Weiter ist vorgesehen: Donnerstag, 6. April, 20.30-21.00 Uhr, Finanzminister Köhler; Donnerstag, 13. April, 20.30-21.00 Uhr, Kultusminister Dr. Wacker im Rundfunk.

Zurückstellung von Betriebsratswahlen.

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Der Sondertommisnar für Gewerkschaftsfragen hat folgende Verfügung erlassen: Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 verbietet ich bis auf weiteres alle Wahlen von Betriebsräten, Betriebsratwahlen und Betriebsratwahlen (Betriebsratwahlen, Arbeiter- und Angestelltenräten). Ausgenommen hiervon sind die Wahlen bei Eisenbahn-, Post- und Reichsbehörden und -betrieben.

Verbot ausländischer Zeitungen.

Nach einer Mitteilung der Pressestelle gibt der Reichskommissar für Baden bekannt: Der Reichsminister des Innern in Berlin hat mit Erlass vom 14.-15. März 1933 gemäß § 13 in Verbindung mit § 9 Abs. 1 Nr. 5 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 die Verbreitung: 1. der in Krakau erscheinenden Zeitung „Kurier und Anzeiger“ bis zum 10. September 1933 einschließlich, 2. der in Wien erscheinenden Zeitung „Die Neue Welt“ bis zum 14. September 1933 einschließlich, 3. der in Prag erscheinenden Zeitung „Der Republikaner“ bis zum 14. September 1933 einschließlich, 4. der in Bern erscheinenden Zeitung „Der Tagwacht“ bis zum 14. September 1933 einschließlich im Inlande verboten.

Neue Fridericus-Marken.

Die Deutsche Reichspost gibt noch vor Ostern zur Erinnerung an die Feier in der Garnisonkirche zu Potsdam aus Anlaß der Eröffnung des Reichstages am 21. März 1933 eine Gedenkpostkarte und Freimarke mit dem Bildnis Friedrich des Großen in den Marken zu 6, 12 und 25 Pf. heraus. Die Gedenkpostkarte trägt auf der linken Hälfte ein Bild der Garnisonkirche mit einem Hinweis auf den feierlichen Staatsakt.

Aus Beruf und Familie.

50 Jahre alt. Am heutigen Tag vollendet ein viel achtbarer Bürger unserer Stadt, Herr Rechtsanwalt Heinrich Rosenberger, früher Richtermeister hier, sein 50. Lebensjahr. Vielen älteren Karlsruhern werden die beliebten Rosenberger-Merken in guter Erinnerung sein, die weit über Karlsruhes Grenzen hinaus unter ihrem Namen bekannt waren. Dem Jubilar, dem er seit 50 Jahre treuen Tagblatt-Konkurrenten, wünschen wir noch einen recht frohen Lebensabend.

Edith Dielefelds Schmuck gestohlen

Ein bedauerliches Mißgeschick vollierte unserer heimischen Tanzkünstlerin Edith Dielefeld Maria Eggert im Heiteren Abendkostüm. Während ihres Auftretens wurde ihr aus der Garderobe der wertvolle Familienschmuck, den sie zum Schutz gegen Diebe extra unter ihrem Bandhock versteckt hatte, gestohlen. Die Kriminalpolizei sperrte sofort die Ankleidekabine und fandete nach dem angeblich erkrankten Dieb, ohne ihn aber festnehmen zu können.

Die Zuhörer, die bei der Mitteilung von dem Verbrechen zuerst an einen Scherz glaubten, mußten sich als sie die Taten überschauen fanden, von dem Ernst der Sache überzeugen. Es ist zu hoffen, daß der Dieb recht bald dingfest gemacht wird und die Tänzerin ihren Schmuck unbeschädigt zurückerhält.

In Schutzhäft genommen

wurden in den letzten Tagen die hiesigen praktischen Aerzte Dr. med. Otto Wimpfheimer und Dr. med. Kuhn. Die Inhaftnahme erfolgte aus allgemeinen polizeilichen Sicherheitsgründen.

Neue Waffenscheinverordnung.

Bei Antragsprüfung ist mit größter Sorgfalt zu verfahren. Genaue Nachprüfung aller bisher erteilten Ermächtigungen.

Nach einer Mitteilung der Pressestelle beim Staatsministerium hat der Reichskanzler verfügt:

In der letzten Zeit gemachte Erfahrungen beweisen, daß bei der Ausstellung von Waffenscheinen und Waffenbesitzurteilen die dringende gebotene größte Zurückhaltung geübt wird. Es wird daher erübrigt, bei der vor Erteilung dieser Ermächtigungen erforderlichen Prüfung der persönlichen Zuverlässigkeit des Antragstellers mit der größten Sorgfalt zu verfahren. Wenn die geringsten Zweifel an der Zuverlässigkeit des Antragstellers bestehen, sind diese Ermächtigungen zu verweigern. Bedenken gegen die Zuverlässigkeit sind stets gegenüber Angehörigen der SPD. und KPD. und ihrer sämtlichen Hilfs- und Nebenorganisationen gegeben. Soweit die Bedürfnisfrage zu prüfen ist, ist ebenfalls der strengste Maßstab anzulegen. Nur wenn eine eindeutige Gewährleistung des Antragstellers zweifelsfrei nachgewiesen ist, ist die Erlaubnis zum Führen einer Waffe zu erteilen. Besondere Zurückhaltung ist in allen Fällen ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit des Antragstellers geboten, in denen das Vorliegen eines Bedürfnisses mit der sich aus der politischen Betätigung ergebenden besonderen Gefährdung begründet wird. Die in dem Erlass vom 2. März 1933 Nr. 18 297 aufgestellten Grundfälle werden in vollem Umfang aufrecht erhalten.

Kommissarische Verwaltung in der Zentralgenossenschaft.

Stellvertreter für die Verhafteten. — Restlose Aufklärung.

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit:

Durch die in der Presse bereits bekannt gewordenen Verhaftungen des Präsidenten Reidel, Direktor Pflafer, Generalsekretär Wirths, Oberbuchhalter Weich in der Bekand und die Geschäftsleitung des Genossenschaftsverbandes und der Zentralgenossenschaft in keiner Weise gefährdet. Die Verhaftungen erfolgten unter dem Verdacht der Untreue. Von der Staatsregierung wurden kommissarisch bis zur Neuregelung der Verwaltung durch die Generalversammlung an Stelle des Präsidenten Reidel Landwirtsch. Dipl.-Landwirt Mayer in Großschachen bestellt, an Stelle des Generalsekretärs Wirths Dipl.-Landwirt Plesch-Karlsruhe. Die Geschäftsleitung der Zentralgenossenschaft wird an Stelle von Direktor Pflafer Dipl.-Landwirt Conrad, diejenigen der Landwirtschaftlichen Genossenschaftsberatung Dipl.-Landwirt Eisinger.

Die mit diesen Aufgaben betrauten Persönlichkeiten sind seitens des Reichsministeriums als Stellvertreter für die Verhafteten zu schaffen

Der Luftschutz in Karlsruhe.

Wie er ausgestaltet werden soll und was er bisher leistete.

Die Ortsgruppe Karlsruhe des Deutschen Luftschutzbundes hatte gestern nachmittag die Vertreter der Behörden und aller in Frage kommenden Organisationen zu einem Vortrag gebeten, in dem der Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe, Major von Kaer, ein ausführliches Referat über die bisherige Tätigkeit und die

künftigen Aufgaben des Luftschutzes im allgemeinen und für die badische Landeshauptstadt im besonderen erstattete. Durch den Versämler Vertrag ist Deutschland die Möglichkeit eines aktiven Luftschutzes genommen, durch das Pariser Abkommen vom 22. Mai 1926 ihm aber die Errichtung eines zivilen Luftschutzes zuerkannt. Aus diesem Grunde sollen die Luftschutzbereitungen jetzt in Deutschland energisch propagiert werden. Der zivile Luftschutz umfaßt im einzelnen folgende Maßnahmen: 1. den Flugmelde- und Warndienst, 2. den Siderheits- und Hilfsdienst sowie den industriellen Luftschutz, 3. Selbstschutzmahnahmen, durch welche der einzelne sich der Wirkung der Splitter von Brandbomben und der Einwirkung von Gasen entzieht. Durch Selbstschutzmahnahmen muß insbesondere auch die Wirkung von Brandbomben in jedem Hause nach Möglichkeit sofort bekämpft werden. Die Bevölkerung selbst wird im Falle eines Luftangriffes wieder eingeteilt in aktive und in passive Bevölkerung. Zu der ersteren Kategorie gehören vor allem das Rote Kreuz, die Technische Hilfe, die Feuerwehr, die Sanitäts- und Entgiftungstruppen, welche letztere aus Angehörigen hädtlicher Berufe zu bilden sind, sowie die Marmtruppen. Bei der passiven Bevölkerung stehen in erster Linie Kinder und Greise sowie Kranke und Gebrechliche. Für Karlsruhe liegt die Oberleitung des zivilen Luftschutzes in Händen des Polizeipräsidenten, dem das gesamte Weibewesen untersteht. Ihm zur Seite steht ein Luftschutzbataillon, in dem u. a. vertreten sind: Reichsbahn, Reichspost, Stadt, Schulen, Feuerwehr, Haus- und Grundbesitzer sowie Mietervereine, caritative und sanitäre Organisationen und Verbände aller Art. Durch reibungslose Zusammenarbeit aller dieser Stellen sollen die Gefahren eines Luftangriffes nach Möglichkeit reduziert werden. Das dies natürlich durch rein zivilen Luftschutz auf die Dauer nicht möglich sein wird, lehrt die Vergangenheit mit einer Statistik der Luftangriffe, die während des Weltkrieges auf Karlsruhe 176 Alarme und 13 wirkliche Angriffe, von denen weitaus die Mehrzahl auf die letzten Monate des letzten Kriegsjahres entfällt. Der erste Luftangriff im Jahre 1915 war militärisch der schwerste, hatte aber in seinen Auswirkungen lange nicht so schwere Folgen wie derjenige vom Fronleichnam 1916, als die französischen Flugzeuge nur zehn Minuten über der Stadt dahinfliegen, mit ihren Bomben beim Firtich Dagenbut aber unendliches Unheil anrichtete. Diese Angriffe erfolgten meist noch ziemlich planlos, dagegen wurden sie im letzten Kriegsjahr 1918 auf wichtige strategische Punkte, wie Eisenbahnanlagen und Munitionsfabrik, gerichtet. Durch die inzwischen erfolgte Einrichtung einer aktiven Flugabwehr in Karlsruhe (Zaachfessel und Sperrfeuerbatterien) wurde die Wirkung dieser Angriffe aber außerordentlich abgeschwächt, die meisten von ihnen endeten schon vor der eigentlichen Stadt. Die Frage der Bodenabwehr muß also im Rahmen der Gleichberechtigungshandlungen unbedingt aufgestellt werden, um einen wirksamen Schutz der Bevölkerung garantieren zu können. Daneben aber muß eben der zivile Luftschutz treten, der vor allem aufklärend wirken soll. Man will bis zum Ablauf dieses Jahres soweit kommen, daß sich Straßen- und Hausgemeinschaften gebildet haben, die als letzte Unterorganisationen des Luftschutzes die Bevölkerung zum Selbstschutz anhalten, man will darüber hinaus aber auch alle Behörden und alle Schulen und Vereine für den Gedanken des passiven Luftschutzes interessieren. In nächster Zeit schon soll auch in Karlsruhe ein Mitherkeller und ein Muster-speicher angelegt werden und zur öffentlichen Beschäftigung freigegeben werden. Durch diese Arbeiten will der Deutsche Luftschutzbund wenigstens vorbeugen und hofft dabei die Mithilfe aller Kreise zu finden.

Reichsminister von Eib-Rübenach verabschiedet sich.

Am Samstag verabschiedete sich Reichsverkehrs- und Reichspostminister v. Eib-Rübenach von den Mitarbeitern der Reichsbahndirektion Karlsruhe. Der Minister hielt eine laune Anrede, in der er zunächst zur politischen Lage Stellung nahm, um sich dann über die besonderen Verhältnisse bei der Reichsbahn auszusprechen. Dem Vizepräsidenten der Reichsbahndirektion Bitterich dankte der Minister für die uneigennütige Mitarbeit und Unterstützung. Auch den übrigen Beamten und Angestellten sollte der Minister Worte des Dankes und der Anerkennung. Anschließend verabschiedete sich der Minister mit seiner Gemahlin auch von den übrigen staatlchen und städtischen Behörden. Heber v. Eib-Rübenachs Nachfolger ist noch nicht bekannt. Öffentlich kommt nur ein badischer Beamter für den Karlsruher Reichsbahnpräsidenten in Frage.

Vertreterversammlung des Badischen Philologenvereins. Am 1. April findet in Karlsruhe die Vertreterversammlung des Badischen Philologenvereins statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Punkte: Grundrissliche Staatspolitische zur gegenwärtigen Lage, Erfahrungen mit der Zentralisierung der Reisevermittlungsaufgaben, Schrumpfungsprüfung im Schulkörper der höheren Schule, Nachwuchssituation, insbesondere Hilfsaktion für die Jungassessoren und Referendare.

und die Geschäftsführung des Genossenschaftsverbandes und der Zentralgenossenschaft in allen Teilen wieder auf eine laubere und wirtschaftliche Grundlage zu stellen, nach dem Grundsatze des Dienens und nicht des Verdienens an der Landwirtschaft. Sie werden über die von ihnen getroffenen Maßnahmen der Generalversammlung gegenüber, die sobald es die Verhältnisse es erlauben, einberufen wird, ausführlich Rechenschaft ablegen.

In einer mit den Aufsichtsratsmitgliedern Franz Sinsheim und Treiber-Sachsenheim stattgefundenen Besprechung, die unmittelbar nach Uebernahme der Geschäfte erfolgte, wurde betont, daß alles getan werden muß, um das Vertrauen der Bauern zum Genossenschaftsverband zu erhalten und zu stärken. Die Beziehungen der Zentralgenossenschaft und des Verbandes zur Landwirtschaft sind nach wie vor unverändert. Zweck und Ziel aller Maßnahmen muß und wird es sein, das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen einzualdern in die Linie der nationalen Regierung und es auszugestalten als Werkzeug zum Wiederaufbau des Deutschen Bauerntums und damit der deutschen Nation.

Weben und Wirken.

Zur Ausstellung der Textil-Abteilung der Badischen Landesausstellung im Landesgewerbeamt von C. S. Schmitt-Spann.

Es gibt wohl kaum ein Tätigkeitsfeld, auf dem hemmungsloses Schmunzelbedürfnis und Geschmäcklerum sich mehr breit machen, wie auf dem textilen Gebiet.

Sinn und Zweck des Unterrichts muß es darum sein, den Studierenden in begrifflich klarer Weise in die Welt gesunden textilen Schaffens einzuführen. Dieser Weg geht von der uralten Betätigung des Webens und Wirkens aus.

In den technischen Schulen hätte man diesen Weg nie verlassen können, ohne sich selbst aufzugeben. Es war den Kunstgewerbe- und Fachschulen vorbehalten, die handwerkliche Veredelung der mechanischen Gewebe durch Nachschneidern als vornehmste Aufgabe zu pflegen. Das Verständnis und das Empfinden für den Gewebeorganismus war dadurch verloren gegangen. Das Gewebe, im Takt der Maschine geboren, sollte rhythmisch bereichert, das Prinzip der Wiederholung mit der handwerklich bedingten Variation verflochten werden. Aus der späteren Erkenntnis dieser Zwitterhaftigkeit erwuchs ein neues Verständnis für die Schönheit des Gewebes an sich und ein feines Empfinden für den Reichtum und die Abwechslung handtextiler Arbeiten wie Klappel- und Nadelpitze, Filz-Strickerlei, Handweberei und Gobelin.

Mit dieser Erkenntnis mußte auch die oft sinnlose unorganische Ornamentierung der Gewebe Einbuße erleiden, um einer sinnvolleren, die Idee unterstützenden Veredelung Platz zu machen. Um eine Idee im Gewebe auszudrücken,

sei es Flecken — Starre — Weichheit — Wärme — Festigkeit — sakrale Pracht usw. greift man heute zu Wirkungsmitteln, die in den tausendfältigen Bindungsmöglichkeiten in den Material- und Farbkontrasten verankert liegen. Diese aus der Bindung gewachsene Struktur ist in ihrer organischen Schönheit künstlerisch wertvoller als eine willkürliche gewebefremde Ornamentik.

Wir finden darum mehr beim Bildteppich (Gobelin) die Darstellung konkreter Dinge, wo die abstrakte Bildidee und nicht mehr die Zweckidee den geistigen Gehalt bekennt.

Das textile Tätigkeitsgebiet ist groß und vielfältig, meist lebensnotwendig, zweckbestimmt und volkswirtschaftlich von großer Bedeutung. Wohnung und Kleidung sind Domänen textiler Betätigung; zwei Berufe, die tausendfältige feststehende, aber auch ewig wechselnde Schaffensmöglichkeiten umschreiben. Alles auf diesem Gebiete hat seinen Ursprung im Gewebe und Gewirken und deren klarer logischer Gesetzmäßigkeit.

Die zurzeit im Landesgewerbeamt veranstaltete Ausstellung verdankt ihre Entstehung den Bemühungen der badischen Regierung und weiter Kreise des Oberlandes. Das Ziel dieser Bestrebungen ist eine gesunde textile Betätigung für Heimarbeit und Schule zu erreichen. Die besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse des Schwarzwaldes, seine Bedeutung als Wintersportgebiet und Sommerfrische, als Weiland, als solarchisches Gebiet erfordern das Schaffen neuer Arbeitsmöglichkeiten.

Wenn in der Ramic-Industrie schon gewisse Erfolge für unsere Erwerbslosen erzielt wurden, so hoffen doch noch viele Uhrmacher, Holzschmither, Schildmaler usw. auf Arbeit. Der Arbeitsbeschaffung auf diesen Gebieten helfen die Anstrengungen des Landesgewerbeamts.

